

A n t r a g

der Parlamentarischen Gruppe der FDP

EntschlieÙung

**zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 7/8595 -
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Finanz-
ausgleichsgesetzes**

Erfassen, priorisieren, investieren - Thüringer Kommunen zukunftsfest aufstellen

- I. Der Landtag spricht allen kommunalen Verantwortungsträgern seinen Dank aus. Die Kommunen sind die kleinste Einheit des deutschen Staatsgefüges und tragen trotzdem eine unglaubliche Breite an Aufgaben. Die Erfolge oder Missstände in einer Kommune wirken sich direkt auf die Lebensqualität der Bevölkerung aus und ohne das große Engagement vor Ort wäre Thüringen weniger lebenswert.
- II. Der Landtag stellt fest, dass der kommunale Investitionsstau notwendige Investitionen in die Zukunft des Freistaats Thüringen verhindert und deshalb dringend abgebaut werden muss.
- III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,
 1. den kommunalen Investitionsstau bis zum 31. Dezember 2024 in einem möglichst unbürokratischen Verfahren bei den einzelnen Kommunen konkret abzufragen und zentral zu erfassen;
 2. bei der Erfassung nach verschiedenen Bereichen, wie zum Beispiel Verwaltungsgebäuden, Straßeninfrastruktur, Brückeninfrastruktur, öffentlicher Personennahverkehr, Schulgebäuden et cetera, zu unterscheiden;
 3. auf der Grundlage der Erfassung den kommunalen Investitionsstau konkret zu beziffern und dies zukünftig bei der finanziellen Ausstattung der Kommunen zu berücksichtigen;
 4. bis zum 31. Juni 2025 dem Landtag ein Konzept zur Priorisierung der Maßnahmen zum Abbau des kommunalen Investitionsstaus vorzulegen;
 5. die bereits bestehenden Förderprogramme für Kommunen zusammenzufassen, zu entbürokratisieren und dem Priorisierungskonzept anzupassen.

Begründung:

Der kommunale Investitionsstau ist ein Problem, welches bundesweit ausgeprägt ist. In Thüringen, gerade durch seine ländliche Struktur, werden hier über Jahre schwerwiegende Versäumnisse sichtbar.

Im Allgemeinen führt der kommunale Investitionsstau zu einer Verschlechterung der Infrastruktur. Straßen, Brücken, Schulen und andere öffentliche Einrichtungen verfallen und können nicht angemessen modernisiert werden. Dies hat direkte Auswirkungen auf die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger, da sie mit schlechten Straßenverhältnissen, maroden Gebäuden und unzureichenden Bildungseinrichtungen konfrontiert sind. Darüber hinaus können diese Probleme auch die wirtschaftliche Entwicklung einer Region beeinträchtigen, da Unternehmen möglicherweise nicht bereit sind, sich in Gebieten niederzulassen, die eine schlechte Infrastruktur aufweisen.

Eine Herausforderung besteht darin, dass viele Gemeinden in Thüringen in ländlichen Gebieten liegen und mit einem Bevölkerungsrückgang konfrontiert sind. Dies führt zu einem geringeren Steueraufkommen und damit zu weniger finanziellen Ressourcen für Investitionen. Gleichzeitig steigen jedoch die Anforderungen an die Infrastruktur in diesen Gemeinden, da ältere Menschen zunehmend auf eine gute medizinische Versorgung und andere Dienstleistungen angewiesen sind. Dieser demografische Wandel stellt die Kommunen vor große Herausforderungen, da sie mit begrenzten Mitteln eine angemessene Infrastruktur aufrechterhalten müssen.

Im Kommunalpanel 2023 der KfW wird der wahrgenommene Investitionsrückstand auf 165,5 Milliarden Euro für ganz Deutschland beziffert. Für Thüringen wurde im Kommunalmonitor 2022 ein Investitionsrückstand von 1,6 Milliarden Euro nur aus den letzten fünf Jahren angegeben. Jedoch wurden die Kommunen im Zeitraum davor finanziell schlechter ausgestattet und die Herausforderungen durch Inflation, Personalkostenentwicklung, Energiepreissteigerung und neue Vorgaben zur Gebäudeeffizienz und Wärmeplanung noch nicht mit erfasst. Die KfW schätzt den kommunalen Investitionsbedarf allein für Klimainvestitionen deutschlandweit auf 5,8 Milliarden Euro jährlich.

"Eine Schätzung des kommunalen Investitionsstaus findet weder insgesamt noch aufgabenbezogen statt. Hierzu liegen der Landesregierung keine umfassenden behördlichen Erkenntnisse vor." (Drucksache 7/8813)

Um den kommunalen Investitionsstau in Thüringen abbauen zu können, ist es notwendig, ihn zentral zu erfassen. Nur dann kann die Finanzierung der Kommunen in Thüringen neu aufgestellt und der kommunale Finanzausgleich sinnvoll reformiert werden. Zudem ermöglicht die zentrale Erfassung des kommunalen Investitionsstaus eine politische Priorisierung, welche Maßnahmen und Investitionen zu welchem Zeitpunkt sinnvoll sind. Jedes Projekt braucht für eine größtmögliche Effizienz eine Maßnahmenpriorisierung, dies gilt erst recht für ein Mammutprojekt wie die Bewältigung und den Abbau des kommunalen Finanzdefizits.

Für die Parlamentarische Gruppe:

Montag